

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1905

248 (25.10.1905)

Der Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ansgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. — Abonnementspreis: ins Haus durch Kräger zugestellt, monatlich 70 Pf., vierteljährlich 2.10. In der Expedition mit den Abgaben abgeholt, monatlich 60 Pf. Bei der Post bestellt und dort abgeholt 2.10, durch den Briefträger ins Haus gebracht 2.52 vierteljährlich.

Redaktion und Expedition: Luisenstraße 24. Telefon: Nr. 123. — Postfach: Nr. 8144. Sprechtunden der Redaktion: 12—1 Uhr mittags. Redaktionschluss: 1/2 10 Uhr vormittags.

Inserate: die einseitige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg., Sozial-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. — Schluss der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vormittags 1/2 9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 8 Uhr nachmittags, aufgegeben sein. — Geschäftsstunden der Expedition: vormittags 1/2 8—1 Uhr und nachmittags von 2—1/2 7 Uhr.

Nr. 248.

Karlsruhe, Mittwoch den 25. Oktober 1905.

25. Jahrgang

Parteienossen!

Die Landtagswahlen haben dem Zentrum bereits im ersten Gange 28 von 73 Sitzen der Zweiten Kammer gesichert, und in weiteren 17 Kreisen ist es im zum Teil ausichtsreiche Stichwahlen gekommen. Damit ist die Gefahr einer absoluten Merikalen oder doch einer Merikal-Konservativen Mehrheit der Zweiten Kammer in greifbare Nähe gerückt.

Wir halten es in diesem kritischen Augenblick für die Pflicht der Sozialdemokratie, alles aufzubieten, um eine Merikale Parteiherrschaft im Lande zu verhindern und die durch dieselbe bedrohte fortschrittliche Weiterentwicklung auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens zu sichern.

Zu diesem Zwecke haben Verhandlungen zwischen den Parteien des sogenannten liberalen Blocks (Nationalliberale, Freisinn, Demokraten, Nationalsozialisten) und dem unterzeichneten Zentralwahlkomitee stattgefunden, in denen man zu einer Einigung auf folgender Grundlage kam:

1. In allen jenen Wahlkreisen, in denen ein Stichwahltag des Zentrums zu befürchten ist, wenn Block und Sozialdemokratie getrennt operieren, soll ein gemeinsames Vorgehen der letzteren herbeigeführt werden. Und zwar soll zu diesem Zweck im allgemeinen diejenige Partei, die die geringere Anzahl der Stimmen hat, ihren Kandidaten, sofern er in die Stichwahl gekommen ist, aus dieser zurückziehen und ihre Wähler zur Unterstützung des andern Bewerber auf fordern.

2. In allen denjenigen Kreisen dagegen, wo die Entscheidung zwischen Sozialdemokratie und Block liegt, ein Zentrumsticket also ausgeschlossen erscheint, ist der Kampf zwischen letzteren durchzuführen.

In Wollung dieser Abmachungen ziehen die Parteien des liberalen Blocks ihre Kandidaten zugunsten der Sozialdemokratie in den folgenden Kreisen zurück:

- 19. Freiburg-Stadt II,
- 46. Durlach-Etlingen-Pforzheim,
- 50. Bruchsal-Durlach,
- 55. Heidelberg-Wiesloch,
- 57. Mannheim-Land.

Die Sozialdemokratie ihrerseits verzichtet auf ein selbständiges Eintreten in die zweite Wahl bzw. unterstützt die Blockkandidaten in den folgenden Kreisen:

- 2. Meßkirch-Stockach,
- 6. Engen-Donauwellingen,
- 20. Freiburg-Stadt III,
- 28. Triberg-Billingen-Wolfach,
- 27. Bahre-Offenburg,
- 29. Offenburg-Stadt,
- 35. Baden-Stadt,
- 37. Rastatt-Stadt,
- 53. Bretten-Bruchsal,
- 56. Schwetzingen,
- 66. Espingem-Einsheim-Wiesloch,
- 67. Sinsheim.

Dagegen bleiben der Entscheidung durch den Wahlkampf zwischen Block und Sozialdemokratie überlassen die Kreise:

- 11. Bruchsal-Stetten,
- 40. Karlsruhe-Land,
- 41. Karlsruhe-Stadt I,
- 43. " " III,
- 44. " " IV,
- 45. Durlach-Stadt.

Die beteiligten Parteien geben diese Abmachungen gleichzeitig ihren Wählern bekannt und fordern diese auf, ihre Durchsichtung mit aller Energie zu betreiben.

Parteienossen! Wir glauben mit den vorstehenden Vereinbarungen nicht nur Euerem politischen Fühlen und Denken entsprochen, sondern auch der fortschrittlichen Entwicklung unseres Landes einen Dienst erwiesen zu haben.

In Euch ist es nun, den Beschlüssen der zuständigen Parteiberatung im Wahlkampf praktischen Nachdruck zu verleihen und dafür Sorge zu tragen, daß die Sozialdemokratie mit Ehren aus der entscheidenden Wahlkampf hervorgeht.

In allen beteiligten Kreisen — gleichgültig, ob unser eigener Kandidat oder der des Blocks zu unterliegen ist — ist sofort mit den Wahlarbeiten zu beginnen und mit aller Energie in den Kampf einzutreten.

Karlsruhe, 24. Oktober 1905.

Das Zentralwahlkomitee der sozialdem. Partei Badens.

Ein Agent provocateur der Weltpolitik.

Ein Teil der bürgerlichen Presse Deutschlands scheint es beinahe zu bedauern, daß die Wachsamkeit der französischen Sozialdemokratie die Entwicklung des Marokkofonflikts zu einem Weltkrieg verhindert hat. Wenigstens gibt er sich alle Mühe, das Geschäft der deutsch-englischen Verbeugung weiter zu treiben und alle möglichen oder unmöglichen Punkte ausfindig zu machen, an denen sich ein neuer Brand entzünden ließe. Ein solcher Versuch und zwar einer der allerunsinnigsten Art, wird jetzt vom Berliner Tagblatt gemacht, das in seinem Montag-Beilage einen türkischen Pascha den Plan entwickelt läßt, wie Deutschland die Stellung Englands in Ägypten erschlüsseln könnte. Mustafa Kamel Pascha, ein widerer Englandfeind, setzt hier auseinander, welche Macht Wilhelm II. erbringen könnte, wenn er sich zum europäischen Schutzherrn der „dreihundert Millionen“ Islams bekennen aufwerfen würde. Napoleon I. wird da dem deutschen Kaiser als leuchtendes Vorbild hingestellt und die berühmte Rede des deutschen Kaisers nach Tanger, über deren politische Unregelmäßigkeit heute so ziemlich überall die gleiche Meinung herrscht, wird als verheißungsvoller Anfang der „friedlichen Durchdringung“ des Orients angepriesen. Nicht minder hoch rechnet es der ägyptische Pascha der deutschen Politik an, daß sie im Gegenseite zu England die blutige Unterdrückung der Armenier gutgeheißen habe. Wir sind also nach der Meinung Mustafa Kamels Pascha schon längst auf dem Wege, auf dem er uns zu sehen wünscht und es fragt sich nur noch, wohin dieser Weg führt.

Daß jene türkische Politiker, die die „Freiheit“ der Türkei, d. h. die Unbeschränktheit ihres barbarischen Regiments zu erhalten wünschen, in einem mörderischen Streit der europäischen Mächte gerne die lachenden Dritten sein möchten, ist ihnen ohne weiteres zu glauben. Trotz des außerordentlichen Raffinements, mit dem der Pascha des Berliner Tageblatts seinen Lockartikel abgefaßt hat, wobei er mit ausgezeichneter psychologischer Schärfe auf die phantastische Uebertriebenheit gewisser Kreise spekuliert, hat er doch an einer Stelle die Maske ein wenig gelüftet. Er erzählt nämlich, die Wölfer des Islams hätten anfangs der deutschen Freundschaft mitgetraut, weil sie es nicht für möglich hielten, daß in einer Zeit, wo sich die Christen einander selbst aufressen, ein christlicher Kaiser der Freund und Gönner des Islams werden könne. Mustafa Kamel Pascha entwirft hier den eigentlichen Kern seiner Provocationspolitik. Deutschland und England sollen sich gegenseitig aufressen, damit der türkische Pascha die orientalische Welt unbeschränkt regieren kann.

Mustafa hat also von seinem Standpunkte aus so unrecht nicht. Aber die deutsche Zeitungredaktion, die sich zum Sprachrohr seiner Verleumdungen macht und seine Rede mit ermunternden Gesten begleitet, handelt mit landesverräterischer Gemeinlichkeit. Wenn die deutsche Presse in diesem Tone fortfährt und der Anschein befeht, daß die Regierung dieses Treiben unterstützen, so handelt die Engländer von ihrem Standpunkte aus nur logisch, wenn sie bei der nächsten besten Gelegenheit die deutsche Flottenherrlichkeit in den Grund schießen. Daß sie das können, wird man auch in der Redaktion des Berliner Tagblatt nicht bezweifeln.

Politische Ueberlicht.

Geschäftsminister?

Das Berliner Tageblatt schreibt: Aus unserem Leitartikel geht uns von verschiedenen Seiten eine Mitteilung zu, die wir für ungläubig halten, weil es aber niemand der Öffentlichkeit übergeben, weil es uns nötig scheint, daß die amtlichen Stellen unabweisend den Gerüchten entgegenzutreten, auf denen diese Mitteilungen beruhen. Es wird uns nämlich von mehreren Seiten berichtet, daß sich in den Wägen der Firma v. Zippelstorf u. Co. zwei unüberbilde Teilhaber befinden, ein „Konto B.“, dessen Inhaber Herr v. Bobbielski und ein „Konto C.“, dessen Inhaber der Kolonialdirektor Stübel sei. Wir betonen nochmals: Wir halten es für absolut ungläubig, daß diese Mitteilungen sich bewahrheiten. Schon deshalb nicht, weil wir die beiden in Frage kommenden Herren eines solchen Vergehens gegen ihre Amtsehre nicht für fähig halten. Und nicht minder auch aus anderen Gründen. Immerhin beweist die Tatsache, daß uns die Mitteilung über das Konto B. und Konto C. von mehreren Seiten zugeht, daß man in immerhin nicht engen Kreisen die Mitteilung für richtig hält. Da ist es im Staatsinteresse unbedingt notwendig, daß der Regierung Gelegenheit gegeben wird, gegen diese Gerüchte öffentlich aufzutreten. Es ist der Zweck dieser Zeilen, ihr diese Gelegenheit zu geben.

Das Berliner Kapitalistenblatt, das den Kampf gegen die Korruption sonst durchaus nicht als seine wichtigste Aufgabe zu betreiben pflegt, wird sich schwerlich einem Zweifel darüber hingeben, daß durch seine Veröffentlichung der „immerhin nicht engen Kreise“, der die Mitteilung für richtig hält, beträchtlich erweitert werden wird. Die Firma v. Zippelstorf, deren Hauptinhaber ein aus dem Kolonialdienst ausgeschiedener höherer Offizier ist, und die Handel mit Kolonialausstellungen treibt, hat sich unter liebevoller Förderung der Regierung bis zu einer Monopolstellung emporgeschoben. Sie hatte das Glück, daß die Regierung nicht bloß selbst ihre beste Kundin wurde, sondern auch die ihr unterstellten Personen, z. B. nach den Kolonien abreisende Offiziere, amtlich anforderte, nur in Zippelstorf's Kolonialer goldenen Hundertzeln ihre Einkäufe zu bezorgen.

Früher, als Herr v. Bobbielski noch nicht Minister war und die Schweinegäule noch nicht so gut rentierte, war Mittelhaber der Firma — Herr v. Bobbielski! Als er Minister wurde, schied er aus dem Geschäft aus. So wurde wenigstens gesagt. Wenn er stiller Teilhaber geblieben wäre, würde man sich kaum darüber wundern. Dagegen sind dem Kolonialdirektor Dr. Stübel unseres Wissens noch niemals geschäftliche Talente, weder amtliche noch private, nachgesagt worden. Da Herr Stübel als Kolonialdirektor der eigentliche Begünstigter der aristokratischen Handelsfirma ist, trifft ihn der schlechteste Vorwurf des Tageblatt, er habe in seine eigene Tasche gewirtschaftet, besonders schwer. Es gibt Leute, die Herr Stübel, wenn er wirklich der Inhaber des geheimnisvollen Konto C. wäre, für sehr unvorsichtig erklären würden. So etwas macht man doch in der Form einer Aktiengesellschaft! Da fragt dann kein Teufel darnach!

Badische Politik.

Das amtliche Wahlergebnis

In den Karlsruher Wahlkreisen ist folgendes: 1. Bezirk (Alt- und Neustadt): Gauggel (Wolff) 1879, Dr. Frank (Soz.) 1393, Sattler (Zentr.) 654 Stimmen. 2. Bezirk (Mittelstadt): Dr. Bing (Zentr.) 1997, Eichhorn (Soz.) 610, Trunt (Zentr.) 610; gerpflüzt 68, unglücklich 16 Stimmen. 3. Bezirk (Weststadt und Mühlburg): Fröhlich (Wolff) 1666, Schärer (Soz.) 1198, Kirchgässer (Zentr.) 614, Kräger (Kons.) 113; gerpflüzt 14 Stimmen. 4. Bezirk (Südstadt): Kolb (Soz.) 1623, Herrmann (Wolff) 1125, Krenfle (Zentr.) 927, Hellmuth (Kons.) 66; gerpflüzt 11 Stimmen.

In Karlsruhe-Land

ergab die amtliche Zählung folgendes Resultat: 1. Bezirk (Wald, Schafte, Soz.) 1753, Kern (Kons.) 1159; gerpflüzt 25 Stimmen. Wie der Block um die Zentrumstimmen bettelt, zeigt ein Umgesandt im Durlacher Wochenblatt. Es heißt da: „Ein Wort an die Zentrumswähler. Wir sprechen die überhöfliche Erwartung aus, daß diese ihrer Pflicht getreu fest zu dem Bürgerertum sich bewähren und nicht durch Wahlenthaltung dem Sozialdemokraten eintraten. Denn Wahlenthaltung wäre nichts anderes als dieses. Die Mitglieder der Zentrumspartei arbeiten und müssen nach der Wahl gemeinsam mit uns im bürgerlichen Leben arbeiten und nicht mit der Sozialdemokratie, die in ihrem Klassenhass sich vom Bürgerum abspaltet. Wenn nun etwa Wahlenthaltung beschlossen und dadurch direkte Mitwirkung zur Wahl des Sozialdemokraten geleistet werden sollte, so wäre die notwendige Folge, was jeder sich selbst ausmalen kann.“

Der Bad. Beobachter bezeichnet diese Stimmenbetreter, die in Karlsruhe durch die persönliche Aufsuchung und Bearbeitung der Zentrumswähler betrieben wird, als charakterlos und er trifft damit das Richtige. Gleichzeitig spricht der Bad. Beobachter die Hoffnung aus, daß kein Zentrumswähler so charakterlos ist, einem Blockkandidaten seine Stimme zu geben. Na, wir wollen's einmal abwarten.

Die Stichwahl in Freiburg findet schon am Freitag statt. Als Grund der früheren Festlegung des Stichwahltermins wird angeführt, daß am Samstag in Freiburg der Jahrmärkte stattfindet. Wir finden, dieser Grund sei denn doch nicht stichhaltig. Wenn man aber den Wahltermin verlegen wollte, so hätte man ihn auf keinen Fall auf Freitag, sondern auf den Montag verlegen sollen. Oder find den Freiburger Wahlkommissionären die zu einer Wahl nötigen Vorbereitungen so unbedeutend? Dann sollte man die Herrn zur Abwechslung und Belohnung einmal zu Vorständen eines Wahlkomitees wählen.

Bad., 23. Okt. Das Wahlergebnis: Dr. Schneider (liberal) 918, Dr. Witzel (liberal) 160, Reichardt (Zentr.) 202, Engler (Soz.) 488 Stimmen. Bei weitem welche Anstrengungen die Liberalen im Kampf um das Mandat gemacht haben, den Autonomien und im Draufste wurden die sämtlichen Wähler herbeigeholt, um den Sieg zu sichern. Von der herrschen sozialdemokratischen Partei ist der Fehler gemacht worden, keine Kontrollliste zu führen, damit auch die sämtlichen Wähler herbeigeholt hätten kommen. Der liberale Sieg wäre dann jedenfalls nicht zu laube gekommen. Es ist hoffentlich das letzte Mal gewesen. Es haben leider auch bloß 69 Prozent gewählt.

Weiteres von den badischen Landtagswahlen. Der Wahlgang zu den eben vollzogenen badischen Landtagswahlen stand erimal im Zeichen der direkten Wahl. Und so kam es, daß sich mancher Wähler nicht zurecht finden konnte. In einer am Bodensee gelegenen Stadt hielt sich ein Wähler etwas lange in der „Dunkelkammer“ auf. Die nachfolgenden Wähler wurden ungeduldig. Der Wahlvorstand rief in den Abschlus hinein, warum er denn nicht mehr herauskomme. Die Antwort lautete: „Mein Kater scheint keinen Sonnen zu haben, ich kann es nicht verdragen.“ (Wenigstens sind die Umstände unverhofft abgegangen.) Ein anderer Wähler kam ebenfalls aus der Dunkelkammer nicht mehr heraus. Als man ihn wegen seines langen Verbleibens aufmerksam machte, gab er zur Antwort, er habe geglaubt, man habe einen aus dem „Verfälsch“ ab. In einem zu Weibach (u. Emmendingen) abgegebenen Antwort fand sich der Verweis. Nach. zufolge folgender Vers: Ob Kräuter, Ender oder Weist im Landtag sitzt, zahlen mich man doch, daß der Weist schneit, und weil ich jetzt darf wählen frei, so wagt ich alle drei.

Nachmals die Kaufenerger Stromschnellen. Man schreibt der Frankfurter Zeitung aus Baden: Obgleich die badische Regierung inzwischen die Genehmigung zum dem befristeten Staumaue-Projekt erteilt hat, glaubt der Bund Heimatlich noch an die Erfüllung eines anderen, neuen Bauplanes durch die Re-

gierung. Der Schweizerische Oberst Dr. Kocher hat sich schon früher ein solches Projekt erst fertigstellen können, weil er durch die Simphonbauten längere Zeit behindert war. Die sehr ausführliche, technische genaue Darlegung Dr. Kochers kommt zu dem wichtigen Ergebnis: „Es ist nicht nur möglich, bei Laufenburg eine Wasserkraftanlage von rund 50 000 Pferdestärken zu errichten, ohne die Schnellen verändern zu müssen, sondern eine solche Anlage mit Kanal wird im Betriebe auch in vergrößerten Mächtigungen günstiger zeigen als das Stauprojekt. Es betrifft dies die Gefällefrage, den Einzug, die Verkopplung durch treibende Gegenstände bei Hochwasser, den Unterhalt des Sturzbettes beim Wehr und die Anzahl der Tage im Mittel per Jahr, während welcher das Wehr die volle Kraft von 50 000 Pferdestärken abgeben vermag.“ — Da sich die badische Regierung das Recht vorbehalten hat, die Konzession aus Gründen des öffentlichen Interesses zurückzunehmen, so glaubt der Bund Heimatlich wenigstens technisch noch so viel Gutes anstreben zu sollen, als bei Ausführung des Kraftwerks möglich ist.

Deutsches Reich.

Der Reichstag

wird — so weit eine offiziöse Korrespondenz mitzuteilen — nun doch erst im letzten Drittel des November einberufen werden. Für den 24. November steht eine Thronrede und die Präsidentenwahl in Aussicht; am 28. soll mit der Budgetberatung begonnen werden.

In dieser reichlich verpötenen Einberufung erweist sich aufs neue die Parlementscheu der deutschen Reichsregierung. Man braucht den Reichstag wohl dazu, daß er neue Steuern und neue Schiffe bewilligt, man will ihm aber möglichst wenig Zeit lassen, die Beschwerden des Volkes vorzubringen oder gar Gesetze zum Wohl des arbeitenden Volkes zu beraten. Er wird mit Regierungsvorlagen so reichlich bepackt werden, daß er nicht daran wird denken können, die längst fälligen Gesetze über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine und den zehnständigen Maximalarbeitstag auch nur in Angriff zu nehmen.

Um das Schicksal der Monarchie

find gar sehr besorgt die von dem nationalliberalen Abgeordneten Patzig herausgegebenen Deutschen Stimmen; sie jammern darüber, daß der stärkste Feind der Monarchie als Institution heute manchmal — der Monarch selber sei. Man lese:

Bunzlucht von der Höhe des Thrones aus Miß und Schlag. Denn ein Augenblick der Verwirrung auf allen Seiten. Nachher wird man vor allem gewahrt, daß die Drähte stark verbogen sind, die den Fürsten mit der Verfassung verbinden. Nun tritt der zur Beratung des Herrschers berufene Mann in Aktion. Nachträglich stellt er notdürftig den Schein her, als sei alles in schönster Ordnung vor sich gegangen. Nur schade, daß es nirgends geglaubt wird. Und daß immer weitere Kreise von der Sorge erfasst werden, daß die unverantwortlichen Ratgeber des Kaisers und gelegentlich auch sein eigenes impulsives Zugreifen den reichs- und staatsfeindlichen Parteien viel Gelegenheit geben, in böswilliger Weise das Ansehen der Monarchie zu schädigen. An treuen Dienern, die sich um den Sturz dieses Ansehens bemühen, braucht es den Sturz nirgends zu fehlen. Wenn es die Fürsten nur gleichmäßig verstanden, ihren Dienern die Erfüllung ihrer Aufgaben so zu ermöglichen, wie es dem Geiste der Verfassung entspricht. Es würde dann auch in manchen Staaten um das Ansehen der Monarchie besser bestellt sein. Wie wäre es, wenn Wilhelm II. es einmal mit dem „treuen Diener“ — Patzig verfuhr?

Ein militärisches Kulturbild.

Ein Urteil, das allgemeines Kopfschütteln erregen dürfte, fällt am Freitag das Oberkriegsgericht in Dresden. Der Wigefeldweibel Geisler von der 2. Kompanie des 3. Infanterie-Regiments Nr. 102 in Zittau hatte am 14. August während des Schießens die Aufficht geführt. Als der erste Schütze schießend schob, ordnete er an, daß nach dem Schießen hundertmaliges Gewehrstrecken stattfinden solle, von dem nur diejenigen Leute befreit sein sollten, die keinen Fehler schossen. Infolge dessen mußten sich nach dem Schießen 12 bis 14 Mann der genannten Kompanie unterziehen. Am folgenden Tage brachte der Soldat Sufalek zur Anzeige, daß er sich durch das vom Feldweibel angeordnete Gewehrstrecken einen Reiterbruch zugezogen habe. Zufällig konstatierte der Arzt einen solchen, bezeichne diesen aber nicht als eine Folge des Gewehrstreckens, sondern führte ihn auf eine circa 14 Tage vorangegangene Turnübung zurück. Es wurde auch als festgestellt erachtet, daß das Gewehrstrecken nicht übermäßig anstrengend gewesen sei, weil die meisten (!) Zeugen erklärten, es habe sich in dem Rahmen der sonstigen zur Schießausbildung der Leute erforderlichen Körperübungen gehalten. (Einige der Zeugen waren allerdings einer anderen Meinung.) Hätten die Leute nicht bis hundertmal ausgehalten, hätten sie auch früher aufhören dürfen, wie dies auch vereinigt geschehen sei. Deshalb ist nicht Anklage wegen Mißhandlung oder vorwärtswidriger Behandlung, sondern nur wegen unbesugter Anwendung einer Wefehlsigewalt erhoben worden. Das Kriegsgericht erkannte der Anklage gemäß auf eine Woche gelindes Arrest und bemerkte zur Begründung, eine Mißhandlung der sämtlichen Leute käme nicht in Frage, weil die Übung sich innerhalb der zulässigen Grenzen gehalten habe. Ein Gewehrstrecken bis zur Erschöpfung könne nicht immer als Mißhandlung angesehen werden, da solche Übungen auch notwendig seien, um

1198
300
1498
1666
1198
468
50
518

150
202
469
821
916

